

## ANTRAG

der Abgeordneten Kautz, Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kadenbach, Kernstock, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Prof. Dr. Nasko, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher, Thumpser, Vladkya und Weninger

### **betreffend Übernahme der Ausbildung in den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen, medizinisch-technischen Fachdiensten und gehobenen medizinisch-technischen Diensten in den Regelschulbetrieb**

Im Bundesland NÖ werden im Ausbildungslehrgang 2003/2004 620 Ausbildungsplätze in den Gesundheits- und Krankenpflegesschulen inkl. Psychiatrie, in den MTF-Schulen 30 und in den Akademien inkl. Hebammenschule 150 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt.

Wie aus der Bedarfsumfrage des NÖGUS für die Jahre 2005 – 2007 ersichtlich ist, wird die Nachfrage in der Ausbildung zur allgemeinen Gesundheits- und Krankenpflege in NÖ auf 2.653 steigen, in der Psychiatrie auf 170, in der Kinderkrankenpflege auf 59, bei den Pflegehelfern auf 1095, bei den medizinisch-technischen Akademien auf 727 und bei den medizinisch-technischen Fachdiensten auf 61. Diese Zahlen beinhalten den zusätzlichen Bedarf und den Ersatz jener Personen, die in Pension gehen oder aus familiären Gründen ausfallen.

Der NÖGUS finanziert die Ausbildung dieser jungen Menschen auf Basis der NÖ Schulförderungsrichtlinie mit insgesamt 14,6 Mio. Euro.

Der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in den Gesundheitsberufen ist derzeit im gesamten EU-Raum zu erkennen und stellt somit kein spezifisch niederösterreichisches Problem dar.

Niederösterreich hat mit dem von der ARGE der Direktoren der Gesundheits- und Krankenpflegesschulen ausgearbeiteten Modell einer durchgehenden Ausbildungsmöglichkeit im Modulsystem ein Lösungskonzept erarbeitet, das in vielen Punkten

geeignet wäre, die Ausbildungssituation in den Gesundheits- und Sozialberufen wesentlich zu verbessern. Gleichzeitig bietet dieses Modell den Absolventen auch eine Reihe von Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, sodass damit auch gewährleistet sein könnte, dass eine größere Anzahl von Absolventen der verschiedenen Module im Beruf auf längere Zeit verbleiben. Dieses Modell wurde auch bereits an das BM für Arbeit und Soziales herangetragen.

Die Ausbildung junger Menschen ist grundsätzlich eine gesellschaftspolitische Aufgabe, welche keineswegs ausschließlich den einzelnen Rechtsträgern, Gemeinden oder den Ländern überlassen werden soll.

Die Gefertigten stellen daher den

## **A N T R A G**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit die Ausbildung in den Gesundheitsberufen österreichweit ins Regelschulwesen übernommen und die Kosten vom Bund getragen werden.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Gesundheitsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.